



öffentlich

**Betreff:**

Initiativgespräche zum studentischen Wohnen

**Einreicher:** Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Erstellungsdatum 18.03.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
06.04.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in gemeinsamen Gesprächen mit Vertretern und Vertreterinnen der Potsdamer Hochschulen, ihrer Studierendenschaften und dem Potsdamer Studentenwerk einerseits sowie den Bauträgern in Potsdam andererseits zu eruieren, wie die Deckung des Bedarfs an studentischem Wohnen besser in die prioritären Bemühungen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eingebunden werden kann.

Insbesondere soll ein Vorschlag erarbeitet werden, wie Projekte die im Rahmen der Planung als Bauprojekte für studentisches Wohnen deklariert wurden, im Nachgang auch vorrangig für diese Zielgruppe genutzt werden kann.

Über Ergebnisse dieser Gespräche möge der Oberbürgermeister den Stadtverordneten im November 2016 berichten.

gez. Peter Schüler  
Fraktionsvorsitzender  
Bündnis 90/Die Grünen

gez. Mike Schubert  
Fraktionsvorsitzender  
SPD

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**



**Termin: 02.11.2016**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung**

Wohnheimplätze und bezahlbare Wohnungen für Potsdamer Studierenden sind knapp. Weniger als zehn Prozent der Studierenden können in Potsdam in Wohnheimen des Studentenwerkes unterkommen (In Cottbus oder Frankfurt/Oder kommen nahezu 19 Prozent der Studierenden in Wohnheimen unter). Auch der Potsdamer Wohnungsmarkt hält nicht ausreichend bezahlbaren Wohnraum für Studierende bereit. Damit sich mittel- und langfristig die Situation für die Studierenden verbessert und damit es der Kommune gelingt, die jungen Leute auch langfristig in der Stadt zu halten, soll die Möglichkeit entstehen, in den Gesprächen Vorschläge für die Verbesserung der Situation zu entwickeln.